

Ina Jacobi

Geschäftsführerin

Organisation & Verwaltung

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus

Hiroshimaplatz 1-4

Tel.: +49 (551) 400 2785

Grueneratsfraktion@goettingen.de /

i.jacobi@goettingen.de

www.gruene-

goettingen.de/fraktionen/stadtrat

Antrag
für den
Rat
am 10. Mai 2023

Göttingen, 25. April 2023

Das Menschenrecht auf Wohnen in der Stadt Göttingen stärken

Der Rat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, wie sich die Wohnraumversorgung für Wohnungslose, von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen und obdachlose Menschen nachhaltig verbessern lässt.

Im Einzelnen ist zu prüfen:

1. Wie kann nach dem Vorbild der Stadt Kassel [1] eine zentrale Fachstelle Wohnraumsicherung eingerichtet werden, die die verschiedenen Leistungen wie Wohnraumsicherung und Wohnschuldübernahme an einer Service-Stelle bündelt? Um Hürden der Inanspruchnahme abzubauen soll diese räumlich dort angesiedelt werden, wo Begünstigte sich aufhalten (außerhalb des Rathauses). Diese Service-Stelle soll sicherstellen, dass Menschen auch rechtskreisübergreifend aus einer Hand gelotst, beraten und lückenlos begleitet werden und nicht aufgrund von Verweisketten ohne substantielle Hilfe auf der Straße bleiben.
2. Wie kann nach dem Vorbild der Stadt Hannover [2] eine Vereinbarung der Wohnungsunternehmen und der Wohnungslosenhilfe getroffen werden, damit von der Wohnungslosenhilfe vorgeschlagene Wohnungssuchende in die Interessentenliste der Wohnungsunternehmen aufgenommen und passende Wohnungen aus dem Bestand für sie gesucht werden? Aufgabe der Wohnungslosenhilfe wäre zudem, dass sie die Mieter*innen mit professionellen Hilfen begleiten und als Ansprechpersonen fungieren.

Die Verwaltung soll hierzu prüfen, ob die Zusammenarbeit mit dem Landkreis anzustreben ist.

Begründung:

Wohnen ist ein Menschenrecht, das für immer mehr Menschen auch in unserer Stadt zum Problem wird. Wenn Mieten und Lebensmittelpreise gleichzeitig steigen, das Geld im Portmonee aber begrenzt ist, kommt es immer häufiger zu Mietschulden, die zu Wohnraumverlust führen können.

Wir sind in unserer Stadt noch nicht gut genug für die sich verschärfende Problematik aufgestellt. Hier gilt es, alle Ressourcen zu mobilisieren. Durch eine Bündelung der verschiedenen Kompetenzen innerhalb der Stadtverwaltung ließe sich eine deutliche Verbesserung erzielen, sind sich auch einschlägige Sozialverbände einig. Durch die rechtskreisübergreifende, fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung soll präventiv gehandelt werden. Betroffene Menschen sollen alle Hilfen aus einer Hand erhalten. Dazu ist eine Anlaufstelle im Stadtgebiet nötig mit Beratungskompetenz v.a. zu: Notunterbringung, soziale Begleitung, schnelle Hilfen für Menschen in finanzieller Not, Schuldnerberatung, Unterstützung bei der Wohnungssuche, sozialpsychiatrische Hilfen, Suchtberatung, differenz- und geschlechtersensible Haltung.

Diese Servicestelle könnte/kann durch eine lebensfeldnahe Beratung der unterschiedlichen Leistungsangebote des Sozialstaats personenzentriert Abhilfe schaffen.

[1] Kassel: Zentrale Fachstelle Wohnen https://www.kassel.de/service/oe/Dezernate_-_DEZ/II_-_Dezernat_II_-_Buergerangelegenheiten_und_Soziales/50_-_Sozialamt/507_-_Zentrale_Fachstelle_Wohnen/507-Zentrale-Fachstelle-Wohnen.php

[2] Hannover: Vereinbarung Wohnungsunternehmen und Wohnungslosenhilfe <https://www.swh-hannover.de/wohnungsakquise/vereinbarung/>